



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN
*eigenständiges Netzwerk unter dem Dach
des Innovators Club des DStGB*



WIRKommunalen

1/21

Magazin der Jungen Bürgermeister*innen



EIN KLEINER SCHRITT FÜR DIE KOMMUNE ...



... ein großer Schritt für weltweit faire Arbeitsbedingungen

Kreise, Städte und Gemeinden leisten mit dem Einkauf fair produzierter Waren einen positiven Beitrag für Umwelt- und Sozialstandards und zur globalen Nachhaltigkeit. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt berät, fördert und vernetzt bei der Umsetzung von kommunalen Maßnahmen für Fairen Handel und Faire Beschaffung.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-2670 · www.kommunal-global-engagiert.de



Liebe junge Bürgermeister*innen, liebe kommunalpolitisch Interessierte,

nach wie vor befinden wir uns im Ausnahmestatus. Niemand weiß genau, wie wir, wie unsere Gemeinden, Städte und Landkreise aus der Pandemie herauskommen. Noch diskutieren wir vor allem über Impffreihenfolgen, Inzidenzen und Öffnungsstrategien, anstatt über Zukunftsprojekte.

Es ist aber auch deutlich geworden: Corona ist eine Krise in der Krise. In vielen Bereichen, in denen wir vorher den Veränderungsdruck vielleicht noch nicht so sehr gespürt haben, stellen wir jetzt fest, dass die größten Versäumnisse schon lange vor dem März 2020 passiert sind. Wie unter einem Brennglas merken wir das jetzt im Schul- und Bildungsbereich, in unseren Innenstädten oder bei der Digitalisierung von Politik und Verwaltung oder im Gesundheitswesen. Hier sind zukunftsfähige Lösungen gefragt, und das ist auch die beste Prävention für neue Katastrophen.

In der vorliegenden Ausgabe unseres Magazins soll es daher unter dem Titel „Zukunft findet Stadt“ um kommunale Zukunftsthemen gehen. Den größten Bezug zum Thema Corona hat das Grußwort, für das wir diesmal Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gewinnen konnten (S. 4).

Ein wichtiges Zukunftsthema ist der Fachkräftemangel der öffentlichen Verwaltung, über den sich unser Sprecher Michael Salomo mit dem Chef des Bundesverwaltungsamtes austauscht (S. 6). Kommunales Zukunftsthema ist auch die Digitalisierung. Marc Groß von der KGSt skizziert den aktuellen Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (S. 8) und Julia Samtleben beschreibt, wie ihre Kommune Stockelsdorf die Ratsarbeit digitalisiert (S. 10).

Wir jungen Bürgermeister*innen wollen auch Vorbild für eine ideenreiche, zukunftsgewandte Kommunalpolitik sein. Vieldiskutiertes Thema im Netzwerk ist das mitunter sehr negative mediale Bild des Bürgermeisters z.B. in Kinderbüchern. Kollege Martin Aßmuth hat sich über längst überholte Klischees Gedanken gemacht (S. 16). Ebenfalls wichtig ist, sich aktiv um die Einbindung der Jugend zu bemühen. Wie das bei Kommunalwahlen gelingen kann beschreibt Julius Oblong vom TeamTomorrow (S. 17).

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Henning Witzel
Leiter Hauptstadtbüro Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Ingo Boelter/ASK Berlin

„Die größten Versäumnisse
sind schon lange vor dem
März 2020 passiert.“

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion:

Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Gero Fischer, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin

Anzeigen: Kerstin Böhm, ASK, Berlin, Layout: Janine Wagner, ASK, Berlin, Titelbild: Adobe Stock, Jürgen Fälchle

Druck: Primus Print International GmbH, Hochstraße 14, 56306 Dernbach, Erscheinungstermin: März 2021



Foto: BMG/Maximilian König

Jens Spahn

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit einem Jahr befinden wir uns im Dauer-Krisenmodus zur Bewältigung einer Pandemielage, die für uns eine seit Jahrzehnten nicht gekannte Herausforderung darstellt. Die Bekämpfung dieser Pandemie fordert von uns Einschnitte und Maßnahmen, die zu Beginn 2020 nicht vorstellbar gewesen wären. Ein Jahr Corona-Krise hat uns aber auch vor Augen geführt, wie wichtig der familiäre und gesellschaftliche Zusammenhalt ist. Wie entscheidend für das Bewältigen einer solchen Krise eine moderne sowie personell und strukturell gut aufgestellte öffentliche Verwaltung ist. Nicht allein in den Bundesministerien, sondern auf allen Ebenen: Bund, Land und im Besonderen in den Städten und Gemeinden. Niemand ist im täglichen Verwaltungshandeln näher dran an den Bürgerinnen und Bürgern, als Sie es sind.

Ich möchte daher diese Gelegenheit nutzen und Ihnen sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Städten und Gemeinden meinen Dank für Ihren besonderen Einsatz zur Bewältigung dieser Pandemie aussprechen.

Handlungsfähige Kommunen sind der Schlüssel für eine von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzte Verwaltung und zur Überwindung auftretender Krisen. Aus diesem Grund freut es mich besonders, dass der Bundesregierung mit den Ländern im letzten Jahr gelang, einen Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu vereinbaren. Der Bund stellt ab diesem Jahr über sechs Jahre hinweg vier Milliarden Euro für mehr Personal, die Digitalisierung und moderne Verwaltungsstrukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst in ganz Deutschland zur Verfügung. Wir wollen die Corona-Krise nicht nur irgendwie überstehen. Wir wollen daraus lernen und den öffentlichen Gesundheitsdienst so aufstellen, dass er für künftige Pandemien gerüstet ist.

Aber die anstehenden Herausforderungen der vor uns liegenden Jahre werden uns nicht nur auf diesem Gebiet fordern. Deshalb braucht es junge, andere Perspektiven, um die öffentliche Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Mit Ihrem Netzwerk „Junge Bürgermeister*innen“ legen Sie selbst den Grundstein dafür, dass dies gelingen kann.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Ideenschmiede für eine moderne Verwaltung viel Erfolg und zähle auf Sie, gemeinsam unseren Staat fit für die Zukunft zu machen.

Ihr

Jens Spahn
Bundesminister für Gesundheit
Mitglied des Deutschen Bundestages

WARUM WIR DABEI SIND



Foto: Stadt Speyer/Klaus Landry

Stefanie Seiler
Oberbürgermeisterin der Stadt Speyer

„Für mich ist es wichtig, sich mit Gleichgesinnten offen austauschen zu können. Das hängt weniger damit zusammen, dass junge Menschen an der Stadtspitze weniger Erfahrung haben, sondern damit, dass wir geübte Verwaltungspraxis öfter hinterfragen und offen für Neues sind. Es ist der Austausch von Ideen, der so wichtig und wertvoll für meine Arbeit ist.“

Marco Diethelm
Bürgermeister der Gemeinde Herzebrock-Clarholz

„Die Kommunen werden mit immer umfassenderen Herausforderungen konfrontiert. Dafür wünsche ich mir natürlich die bestmögliche Lösung. Das Netzwerk bietet hier eine hervorragende Plattform, denn nahezu jedes Problem wurde bereits irgendwo gelöst. Gemeinsam können wir jungen Bürgermeister*innen mehr erreichen und auch neue Lösungen finden.“



Foto: Stephan Mixt



Foto: Matthias Birsch

Antonia Walch
Bürgermeisterin der Gemeinde Sternenfels

„Als Bürgermeisterin trägt man hohe Verantwortung: gegenüber den Bürgern, für die bestehende Infrastruktur im Ort, dem Gemeinderat, aber auch gegenüber den eigenen Mitarbeitern. Das sind viele Themenfelder mit ureigenen Problemen. Vom Netzwerk verspreche ich mir den Austausch mit anderen jungen Bürgermeister*innen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen.“

Raphael Wardecki
Bürgermeister der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen

„Als junge Bürgermeister*innen stehen wir vor einer Vielzahl an Aufgaben, Fragestellungen und auch Herausforderungen. Diesen Beruf kann man nicht erlernen; man kann Fähigkeiten mitbringen und auch den Vertrauensvorschuss gewinnen, doch am Ende des Tages kommt es auf Erfahrungsaustausch und Synergien bei neuen Ideen an. Dieses Netzwerk trägt dazu einen wichtigen Teil bei und ich bin froh, so empathische Mitstreiter*innen kennenzulernen.“



Foto: Ulrike Pawandhat



Foto: Stephan Mixt

Peter Reiß
Oberbürgermeister der Stadt Schwabach

„Egal ob städtische oder ländliche Kommune – die Herausforderungen des täglichen Lebens aller Menschen beginnen und liegen vor Ort. Umso wichtiger ist es, dass sich Städte und Gemeinden vernetzen und Ideen austauschen, wie sich diese meistern lassen. Eine deutschlandweit aktive, überparteiliche Plattform bietet dafür ein hervorragendes Netzwerk.“

„DIE LÜCKEN WERDEN IMMER GRÖßER“

Doppelinterview mit Christoph Verenkotte, Präsident des Bundesverwaltungsamtes, und Michael Salomo, Bürgermeister der Gemeinde Haßmersheim, über fehlendes Personal in Behörden und die Folgen.

Herr Verenkotte. Sie leiten das Bundesverwaltungsamt. Welche Rolle spielt Ihre Behörde auf Bundesebene für die Nachwuchskräftegewinnung im öffentlichen Dienst?

Verenkotte: Das Servicezentrum Personalgewinnung (SZP) im BVA unterstützt Bundesbehörden seit mehr als einem Jahrzehnt bei Personalgewinnungsmaßnahmen. Wir helfen Nachwuchskräfte zu finden. Wir betreuen Ausschreibungen für Verwaltungsfachangestellte, Fachinformatikerinnen und -informatiker oder den Ausbildungsberuf Kaufmann bzw. Kauffrau für Büromanagement. Wir kooperieren mit Hochschulen, von Dualen Verwaltungswirtschaftsstudiengängen über Technische Informatik bis Kommunikationstechnik. Wir veröffentlichen Ausschreibungstexte und organisieren Auswahlverfahren.

Das BVA ist auch selbst Einstellungs- und Ausbildungsbehörde für den mittleren nicht-technischen Dienst in der Bundesverwaltung. Wir versorgen Bundesministerien und -behörden mit Nachwuchsbeamtinnen und -beamten auf der Ebene der Bürosachbearbeitung. Das BVA tritt dazu auch bei Ausbildungs- und Studienmessen auf.

Herr Salomo. Sie sind Sprecher und Initiator des „Netzwerk Junge Bürgermeister*innen“. Welche Ziele verfolgt Ihr Netzwerk?

Salomo: Wir sind ein bundesweiter parteiübergreifender Zusammenschluss aktiver Bürgermeister unter 40 Jahren. Unser Ziel ist es, aktuelle Herausforderungen anzusprechen und Lösungen zu erarbeiten. Hierzu gehört der Austausch untereinander aber auch die klare Kommunikation von Missständen an politisch Verantwortliche.

Herr Verenkotte, laut einer McKinsey Studie werden im Öffentlichen Dienst bundesweit im Jahr 2030 etwa 730.000 Stellen unbesetzt sein, davon sind ca. 400.000 Stellen im gehobenen und höheren Dienst. Wie entwickeln sich die Zahlen in Ihrer Behörde bis 2030?

Verenkotte: Innerhalb der nächsten zehn Jahre wird ein Drittel der Beschäftigten des BVA in Ruhestand gehen, in den nächsten 15 Jahren scheidet mehr als die Hälfte der rund 6.000 Beschäftigten aus.

Das BVA ist mit 150 Aufgaben und 23 Standorten in Deutschland ein attraktiver Arbeitgeber.

Durch den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel stehen allerdings alle Behörden vor schwierigen Aufgaben. Wir konkurrieren mit der Privatwirtschaft um gut ausgebildete Beschäftigte. Die Aufgaben, die uns die Gesetzgeber übertragen, wachsen. Der Personalkörper wächst aber nur sehr punktuell und die Lücken werden immer größer. Bereits vor vier Jahren habe ich darauf hingewiesen.

Die Automatisierung und konsequente Digitalisierung aller Verwaltungsprozesse – auch unter Einsatz künstlicher Intelligenz – muss daher schneller vorankommen in Deutschland. Als Bundesverwaltungsamt gehen wir bei der Digitalisierung in vielen Projekten voran. Alle merken indes, wie wenig in den letzten Jahren investiert wurde. Wir brauchen nach der Bundestagswahl ein großes Investitionsprogramm für die Digitalisierung der Verwaltung in der Tiefe. Das 3-Milliarden-Programm zur Umsetzung des OZG kann nur ein Anfang sein, sonst verlieren wir in Deutschland den Anschluss. Auch die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss neu gedacht werden.

Herr Salomo, sehen Sie die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Gefahr?

Salomo: Bereits heute sind laut dbb Beamtenbund und Tarifunion rund 185.000 Stellen bundesweit unbesetzt. Allein die 1.101 Gemeinden in Baden-Württemberg kämpfen bereits um die besten Köpfe. Große Städte bieten Fachhochschulabsolventen bereits nach dem Studium A 14 oder A 15 Stellen an. Gerade kleinere Kommunen kommen ins Hintertreffen. Rund die Hälfte der Gemeinden besitzen weniger als 5.000 Einwohner, dies hat zur Konsequenz, dass Amtsleiter auf dem Land selten höher als A 13 eingruppiert werden können. Somit greifen die großen Städte den Nachwuchs bereits nach dem Studium ab.

Dies wird unweigerlich dazu führen, dass Verwaltungsgemeinschaften gegründet werden müssen oder kleinere Kommunen eingemeindet werden. Letzteres bedeutet eine versteckte Gemeindereform seitens der Landesregierung, da die Kommunen den Dienstbetrieb mit wachsender Zuständigkeit nicht mehr aufrechterhalten können. Somit geht der Service für die Bürger als auch die Gewerbetreibenden in der Fläche verloren.

Wie kann aus Ihrer Sicht ein Ausbildungsberuf im öffentlichen Dienst für junge Leute wieder attraktiver gemacht werden?

Verenkotte: Grundsätzlich werden wir als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Wir bieten flexible Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein umfassendes Fortbildungsangebot, Aufstiegsmöglichkeiten – das macht uns für junge Menschen interessant. Glücklicherweise wollen viele junge Menschen auch Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen, die Zukunft unseres Landes aktiv mitgestalten. Die Rahmenbedingungen aber müssen wir dringend den Erfordernissen einer sich wandelnden und digitalisierten Gesellschaft anpassen. Einzelne Gesetzesänderungen reichen da nicht. Wir arbeiten da gerne mit.

Welche Lösungsansätze sehen Sie, Herr Salomo?

Salomo: Das Land Baden-Württemberg sollte die Ausbildungszahlen an den Fachhochschulen des Landes deutlich erhöhen. Des Weiteren müssen Weiterbildungen für Quereinsteiger konzipiert und flächendeckend angeboten werden. Der Öffentliche Dienst als Rückgrat der Gesellschaft hat die komplexe Verantwortung der Daseinsfürsorge. D.h. öffentliche Sicherheit, Krankenhäuser, Schulen etc. aufrecht zu erhalten und globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Pandemie oder der Digitalisierung, gerecht zu werden.



Michael Salomo ist Sprecher des Netzwerks Junger Bürgermeister*innen und seit 2014 Bürgermeister der Gemeinde Haßmersheim im Neckar-Odenwald-Kreis. Damals war er mit 25 Jahren der jüngste hauptamtliche Bürgermeister in Deutschland.

Foto: Inna Klingner

ANZEIGE

Alle reden.

Über Digitalisierung, über Breitband, über smarte Cities, über die Zukunft, über ...

Wir machen.

Und kümmern uns um den Glasfaserausbau. Auch in Ihrer Region.

Echte FTTH-Glasfaser.

Für die Zukunftssicherheit unserer Kommunen.

Jetzt informieren!

deutsche-glasfaser.de/kommunen



Deutsche Glasfaser



Christoph Verenkotte ist seit dem 1. März 2010 Präsident des Bundesverwaltungsamtes.

Foto: Bundesverwaltungsamt

ES BRAUCHT EINEN WANDEL

Aktuelle OZG-Umsetzung hat nur wenig mit einer richtigen Digitalisierung zu tun

2017 wurde es beschlossen: das Online-Zugangsgesetz (OZG). Es verpflichtet Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 den Zugang zu 575 Verwaltungsleistungen online anzubieten. Eine Mammutaufgabe!

Die süßen Früchte des OZG locken sehr. Würden wir sie ernten können, könnten wir wirkliche Mehrwerte für die Bürger*innen, Unternehmen und für die Verwaltungen selbst erzielen. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels könnten Städte, Kreise und Gemeinden durch effizientere nutzerzentrierte Prozesse eine hohe Dienstleistungsqualität sicherstellen und ihre Mitarbeitenden entlasten.

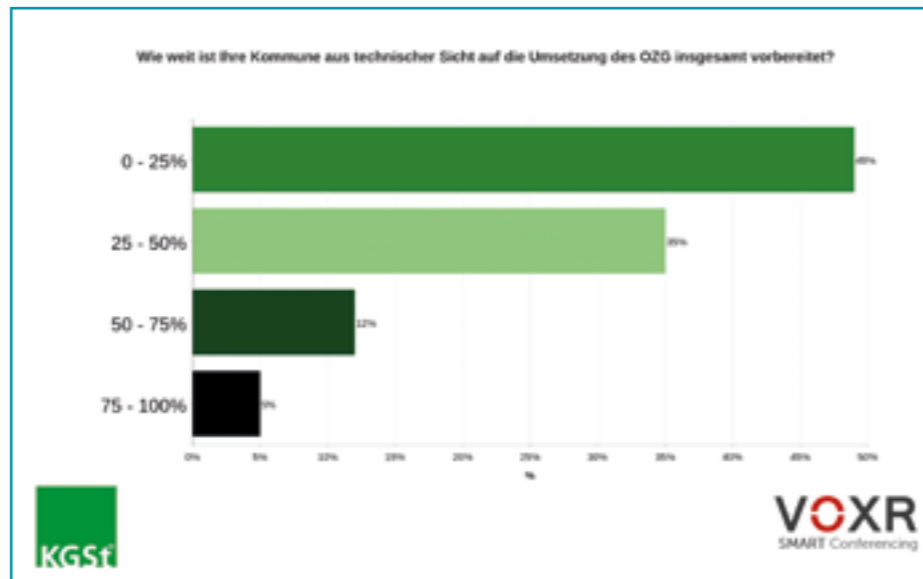
Hätte, würde, könnte.
Das Positive zu Beginn

Das OZG hat eine große Dynamik in die Diskussion rund um die Verwaltungsdigitalisierung gebracht. Ob das auch auf die Umsetzung zutrifft, ist eine andere Frage. Außerdem gibt es sehr viele hoch motivierte Menschen, die seit Jahren an der Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltung arbeiten und schon sehr gute Lösungen auf den Weg gebracht haben – und das trotz der anspruchsvollen Wesenszüge der öffentlichen Verwaltung. Das ist eine tolle Leistung und muss gewürdigt werden.

Schaut man zudem flüchtig auf das OZG-Dashboard des Bundesministeriums des Innern nimmt man ebenfalls einen positiven Stand der OZG-Umsetzung wahr. Über 50 Prozent der 575 Verwaltungsleistungen sind bereits online. Schaut man allerdings genauer hin, trübt sich das positive Bild. „Verfügbar“ bedeutet, dass eine Leistung in mindestens einer Verwaltung online angeboten wird. „Online“ beschreibt lediglich den Zustand, dass eine Leistung digital beantragt werden kann.

Lange Rede, kurzer Sinn

Betrachten wir es realistisch, werden wir die mit dem OZG verbundenen Ziele bis Ende 2022 – wenn wir den Begriff Digitalisierung wirklich ernst nehmen – nicht erreichen. Das zeigt auch eine Umfrage unter den 300 Teilnehmenden KGSt-Kongress „Digitale Kommune unplugged“ (Ende 2020). Rund 85 Prozent der Teilnehmenden schätzen ihren Vorbereitungsstand im Bereich gering bis mittel ein.



Vorbereitungs-Stand auf technische Umsetzung (Stand: 26. November 2020)

Außerdem wurden die Teilnehmenden gefragt, welches Wort die aktuelle Gemütslage zum OZG am treffendsten beschreibt. Auch hier war das Ergebnis ernüchternd: Chaos, Unsicherheit, Verwirrung, Zeitdruck und Verzweiflung waren die zentralen Begriffe.

Beispiel Efa –
das Einer-für-Alle-Prinzip

Die beschriebene Stimmungslage lässt sich wunderbar am aktuell diskutierten Efa-Prinzip (Einer-für-Alle) festmachen. Die Idee dahinter: Bereits entwickelte Online-Dienste können von anderen Ländern(!) übernommen werden.

Grundsätzlich ist das Prinzip eine gute Sache. Wenn es sinnvoll, konsequent und couragiert umgesetzt wird, kann es den „technischen Wildwuchs“ und einer damit verbundenen Steuerungsüberforderung in Kommunen, aber auch im gesamten föderalen System, entgegenwirken. Problematisch ist allerdings, dass es zu stark aus der Sicht des Bundes und der Länder gedacht ist und die Nutzer-/ Bürgerorientierung zu wenig fördert. Es ist also zu stark angebots- und zu wenig nachfrageorientiert gestaltet. Wir müssen uns immer vor Augen führen, dass auch Kommunen Nutzerinnen des OZG sind! Hinzu kommt, dass selbst durch Efa-Lösun-

gen bereitgestellte Onlineservices in der Praxis immer wieder auf unterschiedliche kommunale Fachverfahren und E-Government-Portaltechnologien treffen. Diese müssen, wenn die aktuellen Rahmenbedingungen bleiben, jeweils neu individuell implementiert werden. Um dem entgegenzuwirken, braucht das Efa-Prinzip offene Standards und Schnittstellen, um eine Interoperabilität sicherzustellen. Diese sind auch von Kommunen konsequent einzufordern.

Zu bedenken ist dabei auch, dass Leistungen, die im Kontext von Bundes-Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung zu erbringen sind, in der Regel keinen oder nur einen geringen kommunalen Bezug im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge haben. Auch wenn hier etwa Beratungsprozesse durch den Bund in die kommunale Hand gelegt wurden und diese vor Ort wirksam erbracht werden, sind die „IT-Prozesse“, welche es zur Leistungserbringung braucht sowohl für Bürger*innen sowie Unternehmen als auch für die Verwaltung nicht von besonderem Gestaltungsinteresse. Eine jeweils örtlich individuelle Bereitstellung der IT ist nicht das gebotene wirksame Mittel. Für die Nutzer*innen ist es i.d.R. nicht relevant, mit welcher Fachverfahrrenssoftware und wo ihre Daten verwaltet werden – solange sich insbesondere ihre personenbezogenen Daten im geschützten öffentlichen Raum befinden. Die Bereitstellung dieser Fachverfahren ist in der digitalen Transforma-

tion nicht mehr kommunales Kerngeschäft (es besteht kaum Gestaltungsfreiheit), sondern eng mit der Auftragsangelegenheit des Bundes verknüpft. Folglich ist die Online-Umsetzung dieser übertragenen Aufgaben mit einer Fülle von immer wieder anderen kommunalen Fachverfahren und immer wieder neuen dezentralen Datenbeständen von keinem primären Interesse für das kommunale Management. Ein Datenmanagement ist in den Kommunen vor Ort sicherzustellen. Kommunale Aufgabe ist es aber, diese Leistungen den Unternehmen sowie Bürger*innen über Online-Services zugänglich zu machen. Diese Services sind dann unter der Maßgabe der Nutzerorientierung vor Ort zu gestalten.

Was muss sich ändern?

Die aktuelle Ausrichtung des OZG hat bisher nur wenig mit einer richtigen Digitalisierung zu tun. Wir konzentrieren uns zu sehr auf den Service (das Frontend) und können die unzähligen, in der Fläche vorhandenen Backend-Systeme nicht berücksichti-

gen. Es braucht ein Umdenken! Konsequenter angegangen könnten dann, über ein OZG 2.0-Nachfolgeprojekt, endlich hochwertige nutzerzentrierte Online-Services entstehen, die den gängigen Standards großer digitaler Unternehmen in Nichts nachstehen. Und genau das muss doch unsere Service-Vision für die Bürger*innen und Unternehmen vor Ort sein.

Damit das gelingt, braucht es zum Beispiel bei Auftragsangelegenheiten des Bundes (in einem ersten Schritt) einheitliche Fachverfahren und darauf basierende Services, die zentral im Auftrag des Bundes bereitgestellt werden. Das würde auch die Registermodernisierung mit dem unverzichtbaren Once-Only-Prinzip wesentlich einfacher gestalten. Das Potenzial dafür hat die öffentliche Verwaltung, wenn sie ihre Kraft im föderalen System wirksam bündelt.



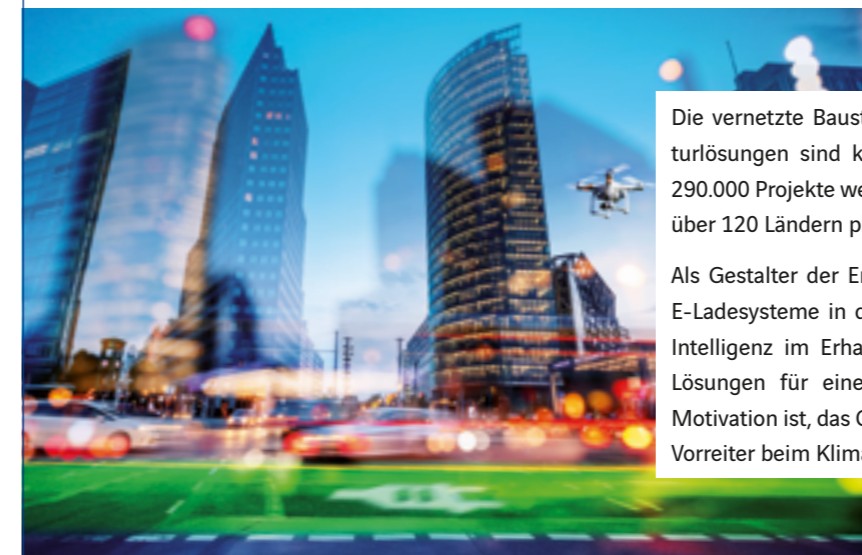
Marc Groß
ist Programmbereichsleiter Organisations- und Informationsmanagement bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

ANZEIGE

INFRASTRUKTUR NEU DENKEN



VINCI als Systemintegrator ist Ihr Technologie-, Bau- und Infrastrukturpartner, um den Wandel öffentlicher Räume smart und klimafreundlich zu gestalten



Die vernetzte Baustelle, digitale Planungen und nachhaltige Infrastrukturlösungen sind keine Zukunftsmusik – sie sind Grundlage für über 290.000 Projekte weltweit, die wir zur Verbesserung der Lebensqualität in über 120 Ländern planen, finanzieren, bauen und bewirtschaften.

Als Gestalter der Energie- und Mobilitätswende sind für uns induktive E-Ladesysteme in der Straße ebenso selbstverständlich, wie Künstliche Intelligenz im Erhaltungsmanagement, Smart City-Anwendungen oder Lösungen für eine ressourcenschonende Gebäudesteuerung. Unsere Motivation ist, das Gemeinwesen zu stärken, die Umwelt zu schonen und Vorreiter beim Klimaschutz am Bau zu sein.

www.vinci-deutschland.com



DIGITALE RATSARBEIT IN STOCKELSDORF

Ein Erfahrungsbericht über die Digitalisierung vor, während und nach Corona

Schon seit Jahren schleppen die Stockelsdorfer Gemeindevertreter nicht mehr ihre manilabraunen Briefumschläge mit Sitzungsunterlagen mit sich rum, sondern ein Tablet mit einer Ratsinformationsapp. Trotzdem: Als ich vor knapp drei Jahren mein Amt im Stockelsdorfer Rathaus antrat, war darüber hinaus eigentlich alles analog. E-Mails wurden gedruckt, mit handschriftlichen Notizen versehen und abgeheftet.

Seitdem ist einiges passiert und das lag nicht nur an Corona. Wir Kommunen haben in Richtung Digitalisierung einiges zu stemmen. Da ist zum einen der 2017 ausserufene DigitalPakt, der uns als Schulträger vor die Aufgabe stellt, in Zusammenarbeit mit den Schulen die Voraussetzungen für guten digitalen Unterricht zu schaffen. Dann das Online Zugangsgesetz (OZG), alle Verwaltungsleistungen müssen bis Ende 2023 online möglich sein. Und zu guter Letzt die Frage, welche rechtlichen Möglichkeiten wir Kommunen überhaupt haben, um den Breitbandausbau weiter voranzubringen. Um all das stemmen zu können, musste Stockelsdorf erstmal Personal aufbauen und Konzepte erstellen. Mitten in dieser Phase kam Corona. Im ersten Lockdown lief bei uns in den Schulen gar nichts digital. Ausschüsse haben wir ausfallen lassen und uns nur auf wenige Gemeindevertreter Sitzungen beschränkt, die wir dann ohne lange zu reden oder zu diskutieren abgehalten haben. Allerdings gab es digitale Vorberatungen per Videokonferenz. Irgendwann fanden dann alle Ausschüsse und Sitzungen in der Sporthalle statt.

Konzept für digitale Sitzungen

Sobald es mit der Änderung des §35a Gemeindeordnung möglich war digitale Ausschüsse abzuhalten, haben wir in Stockelsdorf unsere Hauptsatzung entsprechend angepasst. Seit dem 10. November dürfen wir online und digital tagen. Die letzte Gemeindevertretung im Jahr 2020 war trotzdem noch analog, aber wir haben mit Feuereifer an unserem Konzept für digitale Sitzungen gearbeitet. Inzwischen ist das Konzept alleine 40 Seiten lang. Es gab einfach viel zu bedenken: Wie stimmen wir ab? Per „echtem“ Handzeichen, per digitalem Handzeichen? Schied beides aus, weil man bei 29 Teilnehmern nicht alle gleichzeitig im Bild haben kann. Also entscheiden wir uns

für die Einzelabfrage durch den Ausschussvorsitzenden. Dadurch dauern die Abstimmungen ein bisschen. Was gibt es noch zu bedenken? Dürfen Teilnehmer ihren Bildschirm schwarz schalten, wie gewährleistet man die Öffentlichkeit, was passiert, wenn beim nichtöffentlichen Teil zuhause jemand mithört?

Gute Resonanz

Der erste Livegang hat gut funktioniert. Wir streamen über einen externen Dienstleister auf unserer Homepage und senden gleichzeitig auf die Leinwand im Sitzungssaal. Dort sind tatsächlich bei jeder Sitzung zwei Gäste gewesen: Die Mitglieder vom Seniorenbeirat; weil auf der Leinwand das Bild so schön groß ist.

Die Resonanz auf den Stream war gut. 50 bis 60 Follower hatten wir pro Sitzung. Zu einer normalen Sitzung kommen vielleicht zehn Bürger*innen. Ich fand es aber schon immer spannend, auch Bürger*innen

der betreuen müssen. Darum muss das Ziel sein, Sitzungen künftig auch Hybrid möglich zu machen. Allerdings müssen dazu alle Gemeindevertreter*innen, Mitarbeiter*innen und Gäste zustimmen.

Hybride Angebote sind die Zukunft

Hybridsitzungen haben wir bislang nicht forciert, weil unser Sitzungssaal zu klein für coronakonforme Ausschüsse ist und der alternative Sitzungsort – die Sporthalle – keinen ordentlichen Internetzugang hat. Darum geht mir die Gesetzesänderung in Schleswig-Holstein auch noch nicht weit genug. Wir müssten hybride und digitale Ausschüsse immer zulassen, damit Gemeindevertreter*innen auch ohne höhere Gewalt aus wichtigen Gründen auch von zuhause teilnehmen können und alle Bürger*innen jederzeit dem Stream folgen können.



Julia Samtleben macht es vor. Headset und Webcam gehört inzwischen wie selbstverständlich in jedes Bürgermeister*innen-Büro.

an den Sitzungen teilnehmen zu lassen, die es nicht in den Sitzungssaal schaffen. In Schleswig-Holstein bietet der Offene Kanal den Kommunen an, die Sitzungen live zu übertragen. Zum Beispiel, weil sie noch bei der Arbeit sind oder zuhause Kin-

Julia Samtleben
ist im März 2018 im Alter von 37 zur Bürgermeisterin von Stockelsdorf gewählt worden.

„HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS“

Zehnte Ausgabe des Wettbewerbs hält Neuerungen parat



Alle Gewinnerkommunen des Wettbewerbs 2019

Der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ geht 2021 in seine zehnte Runde! Für dieses kleine Jubiläum hat sich die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global zwei Neuerungen ausgedacht: Erstmals können neben Städten und Gemeinden auch Landkreise am Wettbewerb teilnehmen. Eine weitere Neuerung ist das Online-Bewerbungsverfahren, das den Kommunen die Teilnahme erleichtern soll.

Die Idee des Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller ist die gleiche geblieben: Es werden Kommunen gesucht und aus-

gezeichnet, die sich für Fairen Handel und Faire Beschaffung einsetzen. Bewerben kann man sich sowohl mit langfristigen Maßnahmen und Strategien als auch mit einzelnen außergewöhnlichen Aktionen. Diese müssen bei Einsendeschluss noch in der Umsetzung oder abgeschlossen sein, dürfen aber nicht länger als fünf Jahre zurückliegen. Es gilt der Stichtag 1. Januar 2016. Bis zu 40 Projekten können eingereicht werden.

Den zehn Gewinnerkommunen winken Preisgelder im Gesamtwert von 250.000 Euro. Auch alle nicht ausgezeichneten Städte, Gemeinden und Landkreise haben gute Chancen, wertvolle Lospreise, darunter Strategie-Beratungen, Videoproduktionen oder Fotoshootings, zu gewinnen.

Diese Preise werden im Rahmen der offiziellen Preisverleihung am 23. September 2021 in Neumarkt in der Oberpfalz, amtierende Hauptstadt des Fairen Handels, unter allen sich beteiligenden Kommunen verlost. Außerdem profitieren alle Kommunen von einem großen Lernnetzwerk und erhalten 2022 die Gelegenheit, kostenlos an zwei von der SKEW organisierten Erfahrungsaustauschen teilzunehmen.

DIE BISHERIGEN HAUPTSTÄDTE DES FAIREN HANDELS

Der 2003 ins Leben gerufene Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert und zeigt seitdem wachsende Wirkung: 2019 bewarben sich 100 Kommunen.

Die bisherigen Preisträger des begehrten Titels waren:

Neumarkt in der Oberpfalz (2019), Köln (2017), Saarbrücken (2015), Rostock (2013), Bremen (2011), Marburg (2009), Düsseldorf (2007) sowie Dortmund (2005 und 2003).

Bei Fragen rund um den Wettbewerb hilft das SKEW-Team gerne weiter. Schreiben Sie an hauptstadt Wettbewerb.skew@engagement-global.de oder rufen Sie an unter: 0228/20 717-2880.

WAS UND WIE AUSGEZEICHNET WIRD

Eine unabhängige Jury bestimmt alle zwei Jahre die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs. Die Kommune, die die besten und kreativsten Projekte präsentieren kann, wird zur „Hauptstadt des Fairen Handels“ gekürt. Dazu verleiht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global der Gewinnerkommune ein eigens entwickeltes Signet, das sie für ihre künftigen Marketingaktivitäten führen darf, und überreicht ein Preisgeld.

Die eingereichten Projekte müssen einen klar erkennbaren Bezug zum Fairen Handel oder der Fairen Beschaffung haben. Hiermit ist die Berücksichtigung und Einhaltung grundlegender Arbeits- und Sozialstandards in der Produktion sogenannter „sensibler Produkte“, wie zum Beispiel Textilien, Natursteine und Lebensmittel aus Ländern des Globalen Südens gemeint. In Abgrenzung hierzu sollte der inhaltliche Schwerpunkt nicht auf dem regionalen und/ oder ökologischen/ biologischen Konsum liegen. Solche Projekte werden nur berücksichtigt, wenn ein Bezug zum Fairen Handel oder der Fairen Beschaffung erkennbar ist.

STÄDTISCHE VERKEHRSPPLANUNG VERDIENT INTELLIGENTE LÖSUNG

Sicherheit und Komfort müssen kein Widerspruch sein

Smart geleitet – sicher gestoppt. Dieses Motto bringt die Funktionen und Aufgaben des intelligenten Sperranlagen Systems BarrierSystems der EnBW auf den Punkt. Das Innovationsprojekt ist innerhalb des Baden-Württembergischen Energieversorgers in der Sparte Kritische Infrastruktur angesiedelt. EnBW BarrierSystems macht innerstädtische Plätze und Quartiere sicherer und durch intelligente Verkehrsleitsysteme zugleich lebenswerter. Die großen Herausforderungen in den Stadtzentren sind fast überall die gleichen: verstopfte Straßen, chronischer Parkplatzmangel, ungesunde Abgase, Parken in zweiter Reihe und nächtlicher Lärm durch aufheulende Motoren. Viele Bürger fordern von ihren Kommunen deshalb eine neue Mobilitätsstrategie und perspektivisch eine Beruhigung des Verkehrs.

Diese Herausforderungen hat die EnBW erkannt und bietet mit BarrierSystems eine individuelle Lösung für Städte und Kommunen. In Kombination mit Schranken und automatisch versenkbaren Pollern kann das Sperranlagen System den Verkehr steuern. Das System lässt autorisierte Fahrzeuge wie kommunale Ordnungsdienste, Rettungskräfte oder Fahrzeuge mit Durchfahrtsberechtigung von Anwohnern oder Lieferdiensten zuverlässig durch. Nicht berechtigte Fahrzeuge jedoch bleiben draußen.

Intelligente Verkehrssteuerung

Das Besondere der EnBW-Lösung ist: Im Gegensatz zu starren Schranken oder Hindernissen scannt und erkennt EnBW BarrierSystems jedes heranfahrende Fahrzeug. Möglich machen das Kameras in Steuerungsstelen am Straßenrand. Die Fahrzeugerkennung und Sperranlagensteuerung erfolgt automatisch und völlig autark in der Stele via Multisensorik. Die innerhalb der Stele integrierte künstliche Intelligenz analysiert die Kamerabilder und erkennt autorisierte Fahrzeugtypen wie Polizei und Rettungswagen. Das bedeutet konkret, dass das System täglich dazulernt und auch ortsfremde Hilfskräfte erkennt. Je nach Situation öffnet oder schließt es dann die Sperranlage. Die versenkbaren Poller garantieren so eine flexible und sichere Zufahrtsregelung und das System sichert Plätze oder beruhigt den Verkehr in bestimmten Zonen – nicht pauschal, sondern individuell nach Bedarf. Der Verkehr wird so



EnBW BarrierSystems ermöglicht eine gezielte Verkehrsberuhigung- sowie steuerung in Innenstädten

wenig wie möglich und so viel wie nötig reglementiert. Dadurch entsteht mehr Freiraum für Bürger.

Der webbasierte Control Hub dient als Kontrollsystem zur Fernwartung der Sperranlagen und zur Visualisierung der Situation vor Ort. Mit Hilfe des Kontrollsystems können einzelne Fahrzeuge auch eine temporäre Einfahrerlaubnis bekommen.

Gut geschützte Daten

Ein unberechtigter Zugriff auf die Bildaufnahmen der Stele ist nicht möglich. Die Bilder sind streng gesichert – entsprechend den geltenden Vorgaben des Datenschutzes. Die künstliche Intelligenz wertet sie nur auf dem lokalen Rechner in der Stele aus und löscht sie anschließend sofort wieder. Eine Nachverfolgung ist technisch nicht möglich.

Kompatibel für Bestandsanlagen

Mit dem flexiblen und modularen Konzept lassen sich auch Bestandsanlagen in die zukunftsorientierte Lösung von EnBW BarrierSystems einbinden. Erneute Planungen, etwaige Tiefbauarbeiten und zusätzliche Projektkosten gibt es deshalb nicht. Bei Neuprojekten analysieren die EnBW-Spezialisten mit allen Projektpartnern die Situation und entwickeln gemeinsam eine zukunftssichere

Gesamtlösung. Die Systemmöglichkeiten reichen dabei von der Verkehrsberuhigung über faire Parkplatzregelungen bis hin zur Sicherheit von öffentlichen Einrichtungen.

Mit BarrierSystems bietet die EnBW ein intelligentes Sperranlagen System, das es Kommunen und Städten ermöglicht, unterschiedlichen Interessen im Straßenverkehr gerecht zu werden und gleichzeitig die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern.



Garlef Eder
Sales & Business Development Manager
EnBW BarrierSystems

Smart geleitet – sicher gestoppt >

EnBW BarrierSystems ist ein Zufahrtsmanagement zur Verkehrsberuhigung in Innenstädten und zur Sicherung schützenswerter Bereiche. Dabei werden Fahrzeuge mittels künstlicher Intelligenz automatisch erkannt und autorisierten Fahrzeugen die Zufahrt über absenkbare Poller gewährt.

Jetzt
unverbindliches
Angebot
anfordern

Informationen unter www.enbw.com/barriersystems

WIE PREISWERTEN WOHNRAUM SCHAFFEN?

Im Landkreis Fürth haben mehrere Kommunen eigene Wohnungsbaugenossenschaften



Das eindrucksvolle Ritterhaus am Marktplatz in Wilhermsdorf wurde jetzt von der WBG Zirndorf/Wilhermsdorf gekauft. Zuvor war es im Besitz der Ex-Unternehmerfamilie Stegner-Stechert.

Bezahlbarer Wohnraum ist nicht nur in Großstädten knapp, sondern auch am Land, gerade im Speckgürtel von Metropolen wie München oder Nürnberg. Im Landkreis Fürth unweit der mittelfränkischen Städteachse versuchen Kommunen, das Problem mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften (WBG) zu entschärfen. Einige setzen dabei auf Kooperation mit bereits bestehenden WBGs.

Die Stadt Langenzenn hat bereits seit vielen Jahren eine kommunale WBG. 1962 gegründet, vermietet sie aktuell 191 eigene Wohnungen. „Unser Auftrag ist im Wesentlichen die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum.“ Doch der Tätigkeitsbereich ist allein auf das Gebiet der 10.000-Einwohner-Stadt Langenzenn beschränkt.

Langenzenns Bürgermeister Jürgen Habel wurde bei der Kommunalwahl 2020 zum zweiten Male im Amt als 1. Bürgermeister bestätigt. 2008 war er im Alter von 30 Jahren als Nachfolger des langjährigen Amtsinhabers Manfred Fischer gewählt worden. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugesellschaft WBG Langenzenn hat er sein selbst gestelltes Ziel, „Langenzenn in allen denkbaren Belangen zu fördern und zu perfektionieren“ ganz genau im Blick.

Die größte Stadt im Kreis, Zirndorf, nennt ebenfalls eine WBG ihr Eigen. Die existiert sogar schon seit 1935. „Als kommunales Wohnungsunternehmen sind wir

im Landkreis Fürth tätig. Die WBG besitzt eigene Objekte im Stadtgebiet Zirndorf und verwaltet mittels Geschäftsbesorgungsvertrag Objekte weiterer Kommunen“, heißt es vonseiten des Unternehmens.

Von Geschäftsführer Timo Schäfer ist zu erfahren: Momentan besteht diese Kooperation mit zwei Gemeinden im Landkreis. Mit dem kleinen Ort Obermichelbach bekam die WBG Zirndorf dagegen keine Kooperation zustande: Mit der denkbar knappen 9:8-Mehrheit entschied sich der dortige Gemeinderat dagegen.



Jürgen Habel, 1. Bürgermeister Stadt Langenzenn

Gemeinsame WBG gegründet

Seit 2019 sei man aber mit der direkt an Zirndorf angrenzenden Stadt Oberasbach verbunden. Bereits 80 Bestandswohnungen würden dort betreut, und man sei „in Voranfrage“ zu einem größeren Projekt des geförderten Wohnungsbaus.

Mit der Marktgemeinde Wilhermsdorf wurde die gemeinsame WBG erst 2020 gegründet, die WBG Zirndorf/Wilhermsdorf GmbH & Co. KG. Unternehmenszweck: „Die Entwicklung, Verwertung, Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Liegenschaften, die im Eigentum des Marktes sind“, dazu „die Durchführung städtebaulicher Aufgaben, insbesondere Sanierungsmaßnahmen und Entwicklungsmaßnahmen“.

Das Projekt Ritterhaus

Das so genannte Ritterhaus am Wilhermsdorfer Marktplatz ist das erste Projekt, das die Wohnungsbaugesellschaft WBG Zirndorf/Wilhermsdorf anpackt. Eingeweiht 1770, ist es nach der Hauptkirche sicher das repräsentativste Gebäude des Orts.

Das Ritterhaus befand sich in öfters wechselndem Privatbesitz. In den letzten Jahren wurde es großteils als Wohnraum genutzt.

Im Gemeinderat von Wilhermsdorf herrschte Einvernehmen, dass die Gemeinde versuchen sollte, das Prunkstück zu über-



Ritterhaus Wilhermsdorf: Treppenaufgang und CA-Wappen

nehmen. Und mit Hilfe der neu gegründeten WBG gelang das nun auch. Eine repräsentative Miet-Nutzung des Rittersaals nebst Nebenräumen im Obergeschoss wäre wohl möglich. Und auch im – vom Marktplatz barrierefrei zugänglichen – Erdgeschoss soll wieder Leben einkehren, egal ob Bewirtung oder Regionalmarkt.

„Uns liegt die Belegung des Marktplatzes am Herzen“, nennt Bürgermeister Uwe Emmert seinen Herzenswunsch.

Das Konzept macht Schule

In Wilhermsdorf fiel eine andere mögliche Zusammenarbeit durchs Raster: Die mit der WBG der Stadt Fürth. Die hatte ihr Angebot „WBG Fürth Land GmbH“ mit den Partner-Kommunen als Gesellschafter im Marktgemeinderat ebenfalls vorgestellt.

Doch Wilhermsdorf entschied sich gegen die gemeinsame WBG Fürth-Land GmbH und für die Kooperation

mit Zirndorf. „Hier bleiben wir Eigentümer von Grundstücken und Objekten“, hatte Bürgermeister Uwe Emmert (CSU) argumentiert; im Fürther Modell dagegen gingen sanierte Häuser und Grund in den Besitz der WBG Land GmbH über.

Und so kooperiert die Großstadt-WBG zurzeit nur mit zwei Kreiskommunen: „Wir haben die Gesellschaft gegründet gemeinsam mit den Marktgemeinden Roßtal und Cadolzburg“, bestätigt Geschäftsführer Rolf Perlhofer. Erste Projekte sind bereits entstanden oder in Planung.

So wurde in Roßtal ein Interimskindergarten errichtet und an die Marktgemeinde vermietet. In Cadolzburg entstehen neun Stadthäuser, wenn auch zum Kauf über ein Modell, das Einheimischen einen Nachlass einräumt. „Aber wir stehen in weiteren Verhandlungen und Vorplanungen für mehrere Projekte“; konkreter wird der WBG-Fürth-Chef jedoch nicht.

„Wir hoffen, dass das Konzept Schule macht und würden es auch anderen öffnen. Denn Wohnraum in ländlichen Gemeinden wird nachgefragt. Hochwertigen, auch

geförderten Wohnraum zu günstigem Preis realisieren“ will Perlhofer. Ein Ziel, das ganz offensichtlich in beiden Kooperationsformen umsetzbar ist.

„Uns liegt die Belegung des Marktplatzes am Herzen.“

Uwe Emmert
1. Bürgermeister,
Markt Wilhermsdorf

Heinz Wraneschnitz

ANZEIGE





EOF / ÖFFENTLICH GEFÖRDERTER WOHNRAUM SOZIAL UND ÖKOLOGISCH NACHHALTIG

Die Unternehmensgruppe der DAUTRUS CAPITAL AG hat sich mit Unterstützung ihres neu gegründeten Tochterunternehmens, PATRONA REAL ESTATE GmbH, auf die Erstellung und die Bestandhaltung von Öffentlich geförderten Wohnungsbau, insbesondere „EOF“ (Einkommensorientierte Förderung) spezialisiert. Schwerpunktregionen sind hierbei der Freistaat Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Thüringen. Auch und insbesondere im ländlichen Raum!

Ziel und Zweck ist die Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem und ökologisch nachhaltigem Wohnraum als Partner der staatlichen Daseinsvorsorge. Die Gründung der PATRONA Real Estate GmbH erfolgte mit dem Ziel, bis zum Jahr 2026 bis zu 4.000 Mietwohnungen zu erstellen und diese selbst zu verwalten.

Wir entwickeln neue Baugebiete, projektieren einzelne Gebäude, bauen selbst neu oder renovieren bestehende Leerstände mit ökologisch-nachhaltigen und wirtschaftlichen Konzepten. Bürgermeister, Landräte und alle zuständigen Partnerinstitutionen laden wir ein, sich das Anforderungsprofil auf www.patrona-real-estate.de anzusehen.

DAUTRUS CAPITAL Aktiengesellschaft
Kisseleffstr. 17 | 61348 Bad Homburg
Telefon: +49 6172 9084384

Mobil: +49 171 813 1111
Mail: info@dautrus-capital.com
Web: www.dautrus-capital.com



KOMMUNALPOLITIK VON DER SCHLECHTESTEN SEITE

Über überholte Klischeebilder von Bürgermeister*innen (nicht nur) in Kinderbüchern



Das Phänomen ist nicht unbekannt

buch „Das Bürgermeister-Schwein“ aus dem Bambini-Verlag. Jener wird erst von der Bürgerschaft auf den rechtschaffenden Weg gebracht. Sollte es wohlgemeinte Satire sein, so zielen die Autoren doch merklich am Tor vorbei. Auch Jan Böhmermann, beziehungsweise sein Alter Ego Polizistensohn, hat unseren Berufsstand Ende 2020 in seinem Song „Bürgermeister“ aufgegriffen. Der Clip verzeichnet bis heute mehr als 1,3 Millionen Klicks bei YouTube.

Bereits 2005 hat Politikwissenschaftler Gerd Strohmeier in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ den Beitrag „Politik bei Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg“ veröffentlicht und unter anderem dem SPIEGEL hierfür Rede und Antwort gestanden. Er hält das Politikbild, in den von ihm untersuchten Hörspielfolgen, für „sehr bedenklich“. In beiden Serien werden die Politiker durch den Bürgermeister von Neustadt repräsentiert. Jener ist inkompetent, korrupt und immer nur an seinem eigenen Wohl interessiert. Er übergeht ständig den Stadtrat. Entscheidungen werden nicht demokratisch, sondern autokratisch getroffen. Seine Assistenten müssen ihn mit „Majestät“ ansprechen.

Ein Bild, das längst nicht dem aktuellen Zeitgeschehen entspricht. Nämlich dem, dass es agilen jungen Bürgermeister*innen nicht gleichgültig ist, wie ihr Berufsstand öffentlich in ein falsches Licht gerückt wird. Die bei fortschreitender Digitalisierung nicht nur in Sozialen Netzwerken als Pioniere vorangehen, Schritt halten und vielerorts längst Musterkommunen bei Partizipation und Bürgerbeteiligung sind. Die transparent und proaktiv mit Mitarbeitenden und Bürgerschaft kommunizieren.

Bürgermeister 4.0

Fast könnte man zum Ergebnis kommen, dass der Bürgermeister als der „Bad Boy“ von übermorgen von Kindesbeinen herangezogen wird. Ist das überzeichnet? Das Bild von „Bürgermeister Besserswisser“ und der naiven „Bürgermeisterin Gutherz“ bei der PAW Patrol mag im ersten Moment durch-

aus witzig sein. Faktisch tragen die geschilderten Beispiele sicher nicht zum Berufswunsch von Kindern für die Zukunft bei. Bei Prime und Netflix erleben jene wie Politik scheinbar funktioniert, leider an der Realität vorbei.

Wir sind es gewohnt, der greifbare Blitzableiter für „die da oben aus der Politik“ zu sein, gerade in Zeiten steigender Politikverdrossenheit. Das stört uns mal mehr, mal weniger. Aber eines ist klar: Wir wollen verändern. Jedenfalls tragen die jungen Bürgermeister*innen ihren Teil dazu bei, dass sich das negative Image unseres Berufs ändern muss und kann. Notfalls beziehen wir selbst zu Böhmermann Stellung. Wir werden stetig mehr und wir sind anders. Hinterzimmer-Deals wie beim Polizistensohn, auf Prime oder in den Kinderbüchern beschrieben, sind überhaupt nicht unsere Sache. Wir sind jung und nah an unseren Bürgerinnen und Bürgern. Ob in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern oder andersorts. Aus dem Grunde sagen wir laut und klar: „Hey, das Bild ist Fake.“

Vielerorts nehmen wir wahr, dass Menschen sich nicht mehr für ein politisches Mandat zur Verfügung stellen wollen – sei es im lokalen Kommunalparlament als Ehrenamt, oder bei der Übernahme eines öffentlichen Amtes. Die Bereitschaft hierzu sinkt, wie selbst Prof. Dr. Paul Witt, inzwischen pensionierter Rektor der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl (Baden-Württemberg) schildert. Dabei braucht es gerade uns „Junge“, die zeigen wie Mitbestimmung und Politik für die nachfolgende Generation geht.

Deshalb lassen wir uns auch nicht vom Zeichentrick-Image klein kriegen und werden 2021 unsere eigene Geschichte in einem Kinderbüchlein erzählen. Denn ohne uns läuft in den Gemeinden nichts. Sei es beispielsweise auf dem Spielplatz, im Kindergarten oder im Freibad. Unser Berufsstand kann mehr und dass zeigen wir künftig auch den Kleinsten. Versprochen mit Bürgermeister-Ehrenwort.

Martin Aßmuth

(*1979), seit dem 16.07.2018 Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten (Ortenaukreis)

MEHR PARTIZIPATION UND WENIGER POLITIKVERDROSSENHEIT

Die digitale Wahlhilfe „Voto“ soll vor allem junge Menschen dazu bringen, sich über die Kommunalwahl und die Kandidatinnen und Kandidaten zu informieren.



VOTO ist eine von der Robert Bosch Stiftung geförderte digitale Wahlhilfe, in der die Kandidat*innen einer Wahl in den Mittelpunkt gestellt werden.

Leider ist bei Kommunalwahlen die Wahlbeteiligung erfahrungsgemäß eher gering. Dem entgegenwirken möchte der gemeinnützige Verein Team Tomorrow mit seiner digitalen Wahlhilfe VOTO. Nach einem erfolgreichen Test in Stuttgart 2019, ist VOTO dieses Jahr bei den hessischen Kommunalwahlen für über eine Million Wahlberechtigte nutzbar. Der nächste geplante Einsatz erfolgt bei der der Kommunalwahl in Niedersachsen im September 2021.

In VOTO wird ein Profil der Kandidatinnen und Kandidaten angelegt, in dem alle wichtigen Informationen zu diesen und deren politischen Standpunkten gesammelt werden. Die Wählerinnen und Wähler wiederum geben in die App ein, welche Themen für sie relevant sind. Ein transparenter Algorithmus matcht jeweils die Wähler*innen und Kandidat*innen mit ähnlichen Präferenzen, sodass Informationen gebündelt und übersichtlich präsentiert werden können. Das passiert in wenigen Minuten und vollkommen digital.

Wählen einfach machen

In den letzten Jahrzehnten hat die Wahlbeteiligung auf allen Ebenen des politischen Systems stark abgenommen. Besonders bei Kommunalwahlen gehen oft weniger als 50 % der Berechtigten zur Wahl. Noch seltener wählen Menschen mit Migrations-

biografien, sozial benachteiligte Personen, Frauen und junge Menschen. Die Unterschiede der Wahlbeteiligung waren in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so groß wie heute. Bei den Bundestagswahlen 2017 war die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 21-24-Jährigen um 14 Prozentpunkte niedriger als in der Gruppe der 60-69-Jährigen.

Eine informierte Wahlentscheidung für eine Partei oder eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten zu treffen, ist häufig kompliziert, gerade wenn man auch noch kumulieren und Panaschieren kann. Oft stehen gerade bei Kommunalwahlen mehrere Hundert Kandidat*innen zur Wahl, die Wahlzettel sind sehr groß. Nicht nur junge Menschen fühlen sich davon häufig überfordert.

Steffen Schuldis, Vorstandsvorsitzender von Team Tomorrow, zieht daraus folgende Konsequenz: „Wenn wir auch in Zukunft eine lebendige, partizipative und demokratische Gesellschaft haben wollen, müssen wir uns heute schon um die Einbindung der Jugend bemühen“. Vor allem für junge Menschen müssen die Wahlen also attraktiver werden, indem diese verständlicher und digitaler werden. Denn politische Informationen werden von Jugendlichen vor allem über das Internet und das Smartphone recherchiert. VOTO möchte genau an dieser Stelle ansetzen und junge Menschen für Wahlen und Kommunalpolitik begeistern.

Die Erstwählerin Raja (18, Marburg) konnte VOTO schon bei der Kommunalwahl in Hessen ausprobieren: „Unter mehr als 434 Kandidierenden eine Entscheidung zu treffen, hat mich anfangs echt überfordert. VOTO hat mir aber in kürzester Zeit geholfen, die Kandidat*innen zu finden, die zu meinen Vorstellungen passen“. Befragungen unter weiteren VOTO Nutzerinnen und Nutzern in Hessen zeigten, dass VOTO die Absicht wählen zu gehen um 40 % steigerte und dass 73 % nach der Nutzung von VOTO motiviert waren, sich weiter über die Wahlen zu informieren.

Darüber hinaus konnte in politikwissenschaftlichen Studien bereits herausgefunden werden, dass das Angebot einer Wahlhilfe die allgemeine Wahlbeteiligung bis zu 6 % und die Wahlwahrscheinlichkeit von Jugendlichen bis zu 26 % erhöhen kann.

Von der Idee zum Einsatz

„Ein Wahl-O-Mat muss immer an die Situation vor Ort angepasst sein“, sagt Steffen Schuldis. „Um die relevanten politischen Fragestellungen herauszuarbeiten, schauen wir uns die Bedürfnisse der Kommune genau an“. Team Tomorrow stellt daher nicht nur VOTO zur Verfügung, sondern unterstützt Kommunen während des gesamten Prozesses durch individuelle Redaktion-Workshops, Wählermobilisierung und Beratung. So möchte Team Tomorrow erreichen, dass es in Zukunft bei Kommunalwahlen nur noch heißt: „Wählen? Einfach!“



Julius Oblong

Vorstand für Finanzen, Team Tomorrow e.V.

„SO WIE ES BEGONNEN HAT, DARF ES GERNE WEITERGEHEN“

Alexander Maier über seine ersten Tage als jüngster Oberbürgermeister Deutschlands

Am 14. Januar dieses Jahres wurde ich in das Amt des Oberbürgermeisters meiner Heimatstadt Göppingen eingesetzt. Was für eine unglaubliche Ehre, nachdem ich meine Mitbürger*innen bereits seit 2014 im Gemeinderat und seit 2016 im Landtag von Baden-Württemberg vertreten durfte. Eine Ehre und auch alles andere als selbstverständlich.

Mit 29 Jahren bin ich nämlich der momentan jüngste Oberbürgermeister in der Republik und gegen den langjährigen Amtsinhaber diese Wahl zu gewinnen war doch eine kleine Überraschung für manche Beobachter*innen. Noch dazu, da wir ja mitten in einer der größten Krisen in der jüngeren Geschichte stecken.

Genau diese Krise beschäftigt mich seit dem Amtsantritt natürlich besonders. Die Kontaktnachverfolgung liegt in kommunaler Verantwortung. Auch die Teststrategie an Schulen, Kitas oder Pflegeeinrichtungen beschäftigt uns und das Kreisimpfzentrum liegt zwar im Verantwortungsbereich des Landkreises, befindet sich aber in der Stadt Göppingen und dementsprechend sind wir natürlich an einem guten Ablauf sehr interessiert. Mitten in der Krise ein solches Amt anzutreten ist sicher eine Herausforderung, aber dank einer kompetenten und gut eingespielten Verwaltung ist es zu stemmen. Zumal ich natürlich auch noch viele andere Themen angehen will.

In meiner ersten Gemeinderatssitzung als OB durfte ich zum Beispiel gleich den Haushalt für 2021 einbringen. Diesen sehe ich aber nur als Übergangshaushalt, denn auch diese wirtschaftlich herausfordernde Zeit geht an der alten Industriestadt Göppingen nicht spurlos vorüber. Wir werden deshalb in den Prozess der Haushaltskonsolidierung einsteigen. Dafür brauchen wir einen gut strukturierten Prozess mit der Verwaltung, dem Gemeinderat und der Bevölkerung. Diesen Prozess haben wir direkt aufs Gleis gesetzt durch Gespräche mit allen Fachbereichsleitungen und einer geplanten Klausurtagung mit dem Gemeinderat, in der wir vor allem festlegen wollen, in welche Bereiche wir in den nächsten Jahren investieren wollen.



„Mit Elan, Neugierde und Offenheit für die Ideen der Menschen in unserer Stadt.“

Denn neben der Pandemie steckt auch unsere Industrie in einem Transformationsprozess. Die Investitionen in den Umbau unserer Unternehmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in zukunftsträchtige Branchen muss deshalb beherzt angegangen werden um den Strukturwandel positiv zu begleiten. Hier haben wir noch deutlich Luft nach oben. Um unser Potential auszuschöpfen brauchen wir auch hier einen strukturierten Prozess an dessen Beginn eine Zielplanung stehen muss. Direkt in meiner zweiten Woche im Amt haben wir deshalb den Weg bereitet für die Erstellung eines „Wegekompasses 2035“ für unsere Stadt.

Hier sehe ich eine Chance, nicht nur in der Verwaltung, sondern in der ganzen Stadt eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, die wir dringend benötigen. Das alles geht nur mit einem guten Team in der Verwaltung. Da das Baudezernat in Göppingen bereits seit Sommer 2020 nicht besetzt ist, ist diese Wiederbesetzung ebenfalls eine der wichtigsten Aufgaben für den Beginn. Inzwischen ist die Bewerbungsfrist abgeschlossen und, dank eines möglichst schnellen Verfahrens, findet die Wahl im Gemeinderat bereits im März statt. An dieser Stelle benötigen wir auch eine kompetente Persönlichkeit, denn im Moment wird in Göppingen die Möglichkeit eines eigenen städtischen Verkehrsbetriebs diskutiert. Hier konnten wir bereits die Vergabe von mehreren vorbereitenden Gutachten im Gemeinderat beschließen lassen. Viele Aufgaben also für die ersten Wochen aber mit transparenten Verfahren und der Beteiligung von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft sind wir in Göppingen auf dem besten Weg, unser großes Potential auszuschöpfen und unsere Stadt in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Nach den ersten Wochen im Amt kann ich sagen: so wie es begonnen hat, darf es gerne weitergehen. Mit Elan, Neugierde und Offenheit für die Ideen der Menschen in unserer Stadt. Ich freue mich auf die nächsten 8 Jahre!

Alexander Maier

ist seit Januar 2021 Oberbürgermeister von Göppingen. Von 2016 bis zu seiner Wahl zum Oberbürgermeister war er Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg.

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen 2021 Einladung



Foto: modernmaye / Adobe Stock

Erste Hybridkonferenz 20. Mai 2021 in Wertheim Und digital aus der ganzen Republik

In Wertheim im Nordwesten des Main-Tauber-Kreises und digital aus der ganzen Republik

Oberbürgermeister Markus Herrera-Torrez lädt unser Netzwerk zu einem Treffen zu sich nach Wertheim ins Rathaus ein. Die Zahl der Teilnehmer*innen vor Ort ist pandemiebedingt auf maximal 20 begrenzt. In Präsenz treffen sich Bürgermeister*innen, die sich auch bisher schon besonders für unser Netzwerk engagiert haben. Alle weiteren können digital teilnehmen.

Ziel ist, bei diesem Treffen auch die Struktur des Netzwerks zu optimieren und die inhaltliche Arbeit an Themen- und Positionspapieren voranzubringen. Wir sollten diskutieren, ob wir neben dem Bundessprecher auch eine Art Vorstand, Regionalsprecher*innen und oder „Themenkoordinator*innen“ installieren, um die Arbeit auf mehreren Schultern zu verteilen.

Ein genaues Programm gibt es noch nicht. Beginn wird ca. 10:00 Uhr vormittags sein. Dann ist bis ca. 13:00 Uhr Zeit für Besprechungen.

Wenn die Pandemielage es zulässt, gibt es eine Mittagspause auf der Wertheimer Burg. Anschließend machen wir einen kleinen Stadtrundgang durch die historische Altstadt, analog und digital. Am Nachmittag ist dann noch einmal von ca. 15:00-16:30 Uhr Zeit weitere Themen zu besprechen.

Erstes analoges Netzwerk-Jahrestreffen Vorauss. November 2021 in Berlin

Für den Herbst haben wir uns dann unser erstes analoges Jahrestreffen vorgenommen, welches wir ja leider im vergangenen Jahr erst verschieben und dann absagen mussten.

Die Idee ist, in einer der ersten Sitzungswochen nach der Bundestagswahl im November 2021 unsere erste analoge Jahrestagung in Berlin durchzuführen.

Zu dieser Veranstaltung wollen wir dann auch alle neugewählten jungen Bundestagsabgeordneten einladen. In fast allen Parteien kandidieren gerade sehr viele junge Menschen auf aussichtsreichen Plätzen für den nächsten Bundestag. Die Chance ist also nicht schlecht, dass dem kommenden Bundestag deutlich mehr junge Abgeordnete angehören werden. Was liegt also näher, als die jungen Bürgermeister*innen und die jungen MdB zu vernetzen und so einen Fokus auf die vielen engagierten jungen Menschen in der Politik zu richten.

Da die Sitzungstermine noch nicht von der Bundestagsverwaltung veröffentlicht sind, können wir hier leider noch keinen genauen Termin nennen.



Foto: Frank Peters / Adobe Stock

ANZEIGE

30
JAHRE
zfm

WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.
Die Experten für den öffentlichen Sektor.
Personalsuche | Personalauswahl | Personalentwicklung

www.zfm-bonn.de

INNOVATIONEN.
GEMEINSAM.
GESTALTEN.



KGSt®-FORUM

06.10. bis 08.10.2021 im WCCB in Bonn

Mittwoch, 6. Oktober
bis Freitag, 8. Oktober
2021 in Bonn

World Conference Center Bonn
Platz der Vereinten Nationen 2
53113 Bonn

KGSt®-Mitglieder profitieren besonders!

Als KGSt®-Mitglied wird pro Verwaltung nur ein Beitrag fällig, unabhängig davon, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen. Von dieser Regelung ist lediglich der KGSt®-Abend ausgenommen. Hier wird eine Teilnahmegebühr pro Person erhoben.

Jetzt anmelden:
www.kgst.de/forumsanmeldung

Seien Sie dabei!

Ob digitaler Wandel, strategische Steuerung oder Führungskompetenz, ob Smart City, OZG, Stellenbewertung oder Haushaltskonsolidierung: Das KGSt®-FORUM bietet ein breites Spektrum an kommunalen Inhalten, wie Sie es auf keiner anderen Veranstaltung finden werden. Freuen Sie sich auf drei spannende Kongresstage in der gastgebenden Stadt Bonn mit zahlreichen Neuheiten, kombiniert mit bewährten Formaten:

Ihre Qual der Wahl!

Stellen Sie aus über 90 Veranstaltungen Ihr individuelles Kongressprogramm zusammen und nehmen Sie neue, passgenaue Impulse für Ihre tägliche Arbeit mit.

Unser Fokus sind Sie!

Ob Dialogveranstaltung, Beteiligung via App oder das Treffen an unserem KGSt®-Stand: Wir wollen mit Ihnen ins Gespräch kommen. INTERAKTION schreiben wir groß!

Aktive Pause mal anders!

Besuchen Sie unsere große Fachausstellung sowie die Keynote-Flächen und diskutieren Sie mit unseren Partnern, was Sie bewegt.

KGSt

Kommunale Gemeinschaftsstelle
für Verwaltungsmanagement

Gereonstr. 18-32
50670 Köln

forum@kgst.de
+49 221 37689-60
www.kgst-forum.de